

Kette. Es wäre deshalb klüger, so Selbstmord für die jüdischen Metallarbeiter, wollten sie sich bei der Organisation der proletarischen Gegenoffensive gegen den Vorstoß der jüdischen Metallindustriellen auf die reformistische und christliche Bürokratie verlassen.

Alles kommt jetzt auf die Mobilisierung ihrer eigenen Kraft an. Alles kommt jetzt darauf an, daß sie nicht sich aus in den Betrieben unerschöpflich die Vorbereitungen zum Streik treffen, Kampfleitungen aus ihrer Mitte wählen, die Einheitsfront aller Arbeiter schließen, die Verbindung mit den Erwerbslosen herstellen, die Frauen und Jugendlichen in den Kampf einbeziehen, nicht nur, um einen Lohnabbau abzuwehren, sondern um die gegenwärtigen Hungerlöhne zu verbessern, bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, den Siedelstandtag bei vollem Lohnausgleich zu erzwingen.

Jetzt muß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, jetzt müssen die Kommunisten, die roten Betriebsräte, die kommunistischen Betriebszellen beweisen, daß sie Führer des Proletariats, daß sie die organisierende Kraft der revolutionären Einheitsfront zur Niederringung der kapitalistischen Hungeroffensive sind.

Jetzt Betriebsversammlungen in allen Betrieben, Wahl von Kampfleitungen, Schaffung von revolutionären Vertrauensmännern!

Jetzt Korrosion in den Gewerkschaften zur Gewinnung der organisierten Arbeiter für die Lösungen der Opposition!

Jetzt keine Kundgebung mehr, keine öffentliche Versammlung, die nicht im Zeichen der Vorbereitung des Streiks der Metallarbeiter für die Forderungen der Opposition stünde!

Jetzt alle Betriebsarbeiterinnen mobilisiert für die bevorstehende Konferenz der metallischen Frauen am 25. Mai! Jetzt Mobilisierung der Erwerbslosen, um das Verbot der Internierung zu durchbrechen, die erwerbslosen Klassenkämpfer gegen die betriebstätigen Arbeiter als Streikführer zu misshandeln.

Der Parteivorstand der Kommunistischen Partei Sachsens hat den härtesten Kurs auf bolschewistische Klassenarbeit demonstriert. Revolutionäre Arbeit in den Betrieben, Auslösung und Führung von Widerstandskämpfen zur Durchbrechung der kapitalistischen Hungeroffensive waren seine Lösungen. Alle Kommunisten und Kommunistinnen müssen jetzt beweisen, daß sie den Appell ihres Parteivorstands in seiner ganzen Bedeutung verstanden haben.

Niederringung der kapitalistischen Hungeroffensive, proletarischer Gegenstoß, darauf kommt es jetzt an. Jetzt, proletarier, daß ihr dazu bereit seid, indem ihr heute abend 19.30 Uhr zur Kundgebung der Kommunistischen Partei in den Blumenböden in Naumburg erscheint, indem ihr am Sonnabend, dem 17. Mai, gegen den Hungerstreik der bürgerlichen Gesellschaft zu Tausenden in Dresden und in ganz Sachsen aufmarschiert.

Munition auf Reisen

Berlin, 12. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Der bürgerliche „Montag-Morgen“ beschäftigt sich in einem Artikel „Groner in Verlegenheit“ mit den Beratungen des Reichstags im Reichstag. Er stellt sich, daß zahlreiche Parlamentarier bekümmert sind, daß auf eine Klärung der Kieler Munitionsschleusen, die Groner mit Rücksicht auf die noch nicht erfolgte gerichtliche Verurteilung abgesehen hat, nicht mehr gewartet zu werden braucht, da alle unerschrockenen Abgeordneten wissen, daß hinter den verschlossenen Türen des Kieler Munitionsschleusen volle Klarheit über den Tatbestand geschaffen worden ist. Der Reichswirtschaftsminister, der in früheren Jahren vor dem Reichstag jede Verbindung des Reichswirtschaftsministeriums mit der Kieler Munitionsschleuse entschieden bestritten hat, wäre deshalb sehr wohl zu erwartender Anstufung befähigt. Im Kieler Prozeß habe sich herausgestellt, daß innerhalb der Reichswirtschaftsministerialverwaltung ein gewöhnlicher Kettenhandel mit Munition betrieben wurde. Es ist festzustellen, daß einzelne Reichswirtschaftsministerialabteilungen größere Mengen Munition, die angeblich unbrauchbar waren, an Einzelpersonen verkauft haben und daß die gleichen Mengen nach einiger Zeit von anderen Abteilungen zurückgekauft wurden. Gemäß den Wünschen des Reichswirtschaftsministeriums hat die Staatsanwaltschaft gegen den Freiprozess der Angeklagten in dem Kieler Prozeß Verurteilung eingeleitet, um Groner die Klärung auf die noch nicht abgeschlossene Klärung zu verhindern.

Berücksichtigung der Finanzdiktatur

Moldenhauer über die neuen Pläne

Der Reichsfinanzminister Moldenhauer kündigte in einer Verammlung der Deutschen Volkspartei in Frankfurt in der Nacht am Sonnabendabend erneut bereits für das nächste Jahr erhebliche Verschärfungen an und forderte gleichzeitig im Zusammenhang mit einer allgemeinen Ausgabenbeschränkung im Reich, in den Ländern und Kommunen eine strengere Kontrolle der Ausgabenwirtschaft besonders der Kommunen. Er forderte auch wieder die sogenannte Bürgerabgabe, die Kopffsteuer.

Negerpogrom in Texas

In Sherman (Texas) fand ein Prozeß gegen einen Neger statt, der ein weißes Mädchen vergewaltigt haben soll. Um die Massen anzugreifen gegen die Neger, hat der Richter das verurteilte Mädchen in einer Bahre in das Gerichtsgelände zur Verbrennung tragen lassen. Daraufhin stürzte die durch die Presse und diese Propaganda des Richters gegen die Neger aufgepeitschte Masse das Gerichtsgelände und verbrannte es. Der angeklagte Neger, der schon durch die abherrschende Polizei kaum vor dem Hinrichtwerden gerettet werden konnte, wurde in einen Keller geflohen. Der Richter, der die Verantwortung für diesen Skandal in Wirklichkeit hat, kam in den Klammern gleichfalls um.

Soll einigen Tagen wird in Sherman durch große Massen ein direkter Krieg gegen die Neger geführt. Die Häuser werden niedergebrennt und nur mit Mühe gelang es den Negern, sich vor den Pogromisten zu retten. Selbst ein Massenaufruf des Militärs hat nichts gegen die aufgeregten Massen auszurichten vermocht. Im Gegenteil. Die Meldungen beweisen, daß die amerikanische Militärtruppe nur Scheinbar die Neger schützt, in Wirklichkeit ist sie daran interessiert, diese Pogromherrschaft zu fördern. Sie versucht, ähnlich wie das ehemalige zaristische Russland durch die Judenpogrome, von ihren eigenen Verbrechen abzulenken. Die bürgerliche Presse spielt den „Entzückten“ über die Schaulustigkeit, mit der die Massen gegen die Neger aufgestachelt werden. Sie verheimlicht vollkommen, daß die Hoover und Karpenters die eigentlichen Verantwortlichen sind. Sie und die amerikanische Presse tragen die Schuld, und der Richter, die Kreatur des amerikanischen Imperialismus, hat seine Dienste mit dem Leben bezahlt müssen. Das einzige, worum die amerikanischen Kapitalisten besorgt sind, ist, daß „hundertprozentige“ Amerikaner dabei selbst zum Teufel gehen.

Arbeiter, organisiert Proteste!

Macdonald wagt im Blut der indischen Revolutionäre

Bei dem Fällen von Palmenbäumen schritten die Polizeibeamten Macdonalds, des „humanen“ Sozialimperialisten, ein, und ließen zahlreiche Personen nieder. Zwei Polizisten wurden von der empörenden Volksmenge niedergelassen. Insgesamt wurden 25 revolutionäre Arbeiter in Scholapur ermordet durch die

Verbot einer SPD-Kundgebung durch den „linken“ Sozialdemokraten Fleißner

Dresden, 12. Mai.

Als der „linke“ SPD-Fleißner am Reichsjugendtag in Leipzig keine faschinerbemerkten Polizeitruppen in die Demonstration hineinschicken ließ, als er den Belagerungsgeist verhängte und jede Demonstration unter freiem Himmel verbot, schrieb die sozialdemokratische Leipziger Volkszeitung:

„Die Leipziger Arbeiterklasse steht geschlossen hinter ihrem roten Präsidenten.“

Schwindel war das. Das „linke“ sozialdemokratische Organ bewies mit seiner Stellungnahme, daß es eben noch so niederrichtigen Sklaven gegenüber der Arbeiterklasse vertritt.

Nun sollte am 11. Mai eine sozialdemokratische Frauendemonstration in Leipzig stattfinden. Auch sie wurde verboten.

„Das Verbot geht von Innenminister Richter aus“, schrieb verlogen die Leipziger Volkszeitung, „der damit erkennen läßt, daß er von vornherein den Wünschen der Reaktion Rechnung tragen wird.“

Auf neue Weise also das sozialdemokratische Volk den Versuch, die Verbotstagsnahmen ihres „roten“ Präsidenten vor der Arbeiterklasse zu verteidigen. Die Bürgerblockregierung hat seinen Mandat einen Streik durch die Rechnung gemacht. Auf Befehl der bürgerlichen Bürgerblockregierung müssen Fleißner und die VB berückichtigen. Die Entlassung des „roten“ Präsidenten und seiner Presse ist erwünscht. Die sozialdemokratische Leipziger Volkszeitung vom Sonnabend muß schreiben:

„Hierzu teilt uns das Leipziger Polizeipräsidium mit, daß die beantragte Frauendemonstration unter das bestehende Demonstrationsverbot fällt und daß Ausnahmegenehmigung mit Rücksicht auf ihre Konsequenzen vom Polizeipräsidium nicht bewilligt werden konnte.“

Die Dokumentenfälscher entlarvt

Der Hamburger „Leichenau“ / Sozialfaschistischer Schwindel gerichtlich festgestellt

Jeder Arbeiter erkennt sich noch des niederrichtigen sozialfaschistischen Schwindels, wonach die Hamburger kommunistische Parteiorganisation den Eltern des bei dem Überfall der Hamburger Schups am 11. Januar erlöschenden Verklagten Seel die Leiche ihres Sohnes abzugeben versuchte, um daraus politisches Kapital zu schlagen. In besonders trüffeliger, gemeiner Weise hatte die SPD-Presse unter Verletzung des Geheimnisses gegen die KPD. Der Urheber des Schwindels war der sozialdemokratische Hamburger Senator Ehrenfeld. In jählicher Weise griff seinerzeit unter Hamburger Arbeiterblut den selben an, um ihn zur gerichtlichen Klage zu zwingen.

Dieser kam nun vor Gericht vor dem Reichsgericht in Kassel. Er hat sich nicht nur seinen Haupttaten verweigert, sondern auch noch die Verantwortung für die verurteilten Gesandten nur wegen formaler Beleidigung, die in dem Wort „Lügenhaft“ erblich wird, zu einer Geldbuße von 50 Mark beurteilt werden.

Innenminister Richter habe auf diese Sache seinen Einfluß genommen, sie sei ihm auch gar nicht vorgebracht worden.

Sieh mal einer an! Der Innenminister hat auf die Sache seinen Einfluß genommen! Das Polizeipräsidium hat also die harmlose, friedliche Frauendemonstration von sich aus verboten! Das konnte man allerdings nicht annehmen.

„Versammlungsrecht ist doch ein verfassungsmäßig garantiertes Recht der Staatsbürger. ... Die sozialdemokratischen Frauen wird ein friedlicher Marsch zu ihrer Internationalen-Frauentag-Kundgebung verboten! Das wird niemand begreifen, wer gerade nicht mit polizeilicher Erkenntnis begünstigt ist.“

Sozialdemokratische Arbeiter! Ist das zuviel gesagt, wenn wir von euren „linken“ Führern als von den Trabanten des Bürgerblocks sprechen, die nicht nur kommunistische Demonstrationen, sondern sogar die kommunistische sozialdemokratische Arbeiterfrauen verboten? Ist es zuviel gesagt, wenn wir von euren Redaktionsstuben behaupten, daß sie Polizeischmierer sind, die die jugendlichen Arbeiter über den Kopf in Leipzig als „Katholikenbrüder“ beschimpften, die Arbeitermorde des „roten“ sozialfaschistischen Polizeipräsidiums verteidigten und jetzt nur deshalb gegen Fleißner „protestieren“, weil die Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter sie zu diesem Scheinmanöver zwingt?

Hürmah, der „linke“ SPD-Fleißner übertrifft selbst Zürgel. Aber könnt ihr, sozialdemokratische Arbeiter, noch länger einen solchen Partei angehören? Ist es nicht höchste Zeit, daß ihr die rote Einheitsfront schmeißt mit euren revolutionären Klassenkämpfern im Kampf gegen Bürgerblockherrschaft und deren militärische Trabanten, die „linken“ SPD-Führer?

„linken“ SPD-Führer?

Bersekung im „dritten Reich“

Königsberger Sturmabteilung aufgelöst — Massenausritte in verschiedenen Bezirken

Das „Echo des Ostens“, unter altprestisches Bruderorgan, meldet am Freitag dem 9. Mai folgendes:

„Die starke antisemitische Arbeit der Kommunistischen Partei und der Antisita hat die letzten Tage bei den Nazis bestehende Antisemitismusbildungen erheblich geschwächt. Bereits Ende Februar konnten wir im „Echo des Ostens“ ein Rundschreiben der SA an die Verfassungskommissionen, worin es heißt:

„In letzter Zeit habe ich feststellen müssen, daß verschiedene SA-Männer regelmäßig von Dienst fortblieben, ohne einen triftigen Grund anzugeben, oder sich gar zu entschuldigen. Solche SA-Männer, die nur mitmachen, wenn es ihnen Spaß macht, sind keine Männer. Es ist keine Kameradschaft, wenn man ins

Rein oder zum Plakonzert oder sonst irgendwo hingeh, während der Kamerad in der Zeit sich den Schabel einschlagen lassen muß, weil die Zahl der Gegner zu groß war... Königsberger, Kogler, Stänker und Klafschalen haben in anderen Bezirken nichts zu suchen. An Hand der Dienstlisten werde ich gegen jeden SA-Mann rücksichtslos vorgehen, der den SA-Dienst vernachlässigt.“

Diese damalige Drohung ist ohne jeden Erfolg geblieben, obwohl man angeht, daß die Mitglieder der SA-Truppe zu haben und ihnen neues Blut zuzuführen, mußte sein, wie das „Echo des Ostens“ mittels der Königsberger Sturmabteilung wegen völliger Aktionsunfähigkeit von der Leitung aufgelöst werden. Alle Antisemitismen, neue Sturmabteilungen anzustellen, waren bisher ergebnislos.

Aber nicht nur in Königsberg, auch an anderen Stellen der „Kampfpartei“ der Hitler und Hitler ist es. So sind vor kurzem in Schleswig-Holstein, einer Hochburg der nationalsozialistischen Demagogie, 600 Mann aus der nationalsozialistischen Partei und den Sturmabteilungen ausgetreten. Demonstrationen gegen die Verhaftung ihrer Führer, die Aufhebung der SA und deren Verbot in den Konzentrationslagern.

In Kiel ist auch eine starke Göring unter den irregulären nationalsozialistischen Arbeitermitgliedern zu verzeichnen. Bei mehreren Gruppen besteht die Gefahr, aus der Hitlertruppe auszutreten, einige nationalsozialistische Arbeiter, die endlich durch ihre eigenen Erfahrungen und die Aufklärungsarbeit anderer Genossen lebend geworden sind, sind entschlossen, sich in die rote Klassenkampffront einzureihen.

Diese Zerstückelungen sind zweifellos vor allem das Ergebnis des immer offener zutage tretenden arbeitfeindlichen Charakters der Politik der nationalsozialistischen Führer. Aufgabe der revolutionären Arbeiter ist es, durch Aktivierung der Antisemitismus die Zerstückelung im Nazilager auszunutzen, um die irregulären Arbeiter, soweit sie sich endlich durchringen, für die proletarische Klassenfront zu gewinnen.

Stadtverordnetenwahlen in Gotha

Vormarsch der Kommunisten — Zusammenbruch der bürgerlichen Listen jugunsten der Nazis

Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl in Gotha erhielten an Stimmen:

KPD	5554	(im Dezember 1928: 5304)
SPD	1574	(im Dezember 1928: 1671)
NSDAP	4136	(im Dezember 1928: 3788)
DRP	2318	(im Bürgerbund)
Deutsche	2080	(im Dezember 1928: 6792)
Demokraten	608	(im Dezember 1928: 605)
Wirtschaftspartei	1119	(im Dezember 1928: 1926)

Die Wahlbeteiligung war 59 v. H. Erfolge haben nur die Kommunisten und die Nazis errungen. Die Kommunisten haben der SPD Stimmen abgenommen, konnten aber das große Heer der Reichswähler noch nicht erschöpfen. Die Nazis eroberten die Kleinbürgerlichen Stimmen aus dem Lager der Wirtschaftspartei, Deutschnationalen und Volkspartei. Die Wahlen beweisen, daß die Nazis in das Massenbewußte Proletariat nicht eindringen vermögen, daß aber unter Verwendung zu den Massen noch entscheidender durchgedrungen werden muß. Diese Wahlen fanden im Zeichen des Republikanischen und dem Zeitungserbort durch den Reichminister Zeit. Der Bourgeois gelang es trotz allem nicht, die KPD zurückzudrängen.

Kalkutta



Indisch-britische Polizei knuppelt Demonstranten auseinander.